

Statement

von

Dr. Reinhard Dörfler
Hauptgeschäftsführer
des
Bayerischen Industrie- und Handelskammertages

anlässlich

der
Bayerischen Konjunkturpressekonferenz
am 09. Oktober 2007, 10:30 Uhr
Clubraum

Leichter Dämpfer für den Aufschwung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Euphorie der bayerischen Wirtschaft hat nachgelassen. Zwar hält das Wachstum an, doch haben die Unternehmen aller Branchen ihre Erwartungen leicht nach unten korrigiert. Das beeinflusst sowohl die Investitionsabsichten als auch die Bereitschaft, mehr Mitarbeiter einzustellen. Das ist das Ergebnis der aktuellen BIHK-Konjunkturumfrage unter knapp 3.000 Unternehmen.

Der BIHK-Index, der die Lage und die Erwartungen der bayerischen Wirtschaft in einem Wert zusammenfasst, ist um 6 Saldopunkte von 129, seinem historischen Höchststand vom Sommer, auf aktuell 123 Punkte gesunken. Das ist keinesfalls das Ende des konjunkturellen Aufschwungs, aber sicherlich ein kleiner Dämpfer.

Immer noch einer Mehrheit von 42 % (44 %) der Unternehmen geht es gut. Dagegen ist die

Zahl der Pessimisten mit 11 % (10 %) fast konstant geblieben. Die insgesamt leicht rückläufige Geschäftssituation verdeckt dabei heterogene Branchentrends: Während die Bauwirtschaft ihre Situation gegenüber dem Sommer verbessern konnte, hat der Großhandel die Lage deutlich nach unten revidiert.

Die Unternehmen rechnen damit, dass das Wachstum in den kommenden 12 Monaten etwas verhaltener ist. Nur noch 25 % (31 %) glauben, dass es weiter aufwärts geht, 10 % (6 %) sind skeptisch.

Insbesondere im Inlandsgeschäft fürchtet die bayerische Wirtschaft zum Teil deutliche Einschnitte. Die Exporterwartungen haben die Unternehmen hingegen nur leicht nach unten korrigiert. Dies deutet darauf hin, dass die Euroaufwertung bislang den bayerischen Exporten nur wenig geschadet hat.

Industrie bleibt stabil

In der bayerischen Industrie hat sich der seit Sommer 2005 anhaltende Aufwärtstrend auf

hohem Niveau stabilisiert. Mit 52 % (53 %) ist immer noch mehr als die Hälfte der Unternehmen sehr zufrieden. Schlechter als noch im Sommer geht es jetzt 8 % (7 %).

Die per Saldo rückläufige Lagebewertung ist vor allem auf das schwache Inlandsgeschäft zurückzuführen. Zudem sind auch die Auslandsaufträge weiter gesunken. Eine Ausnahme bildet die Ge- und Verbrauchsgüterindustrie, die im In- und Auslandsgeschäft ein Plus verbucht hat.

Auch die Entwicklung in den kommenden 12 Monaten bewerten die bayerischen Industrieunternehmen etwas vorsichtiger. Vor allem das Inlandsgeschäft bereitet ihnen Sorge.

Öffentliche Hand stützt Bauwirtschaft

Die Bauwirtschaft ist die einzige Branche in Bayern, die ihre derzeitige Lage positiver bewertet als im ersten Halbjahr 2007, als die Steuererhöhung einen regelrechten Einbruch verursacht hatte. Nun haben 28 % (24 %) eine

gute Geschäftslage gemeldet, nur noch 12 % (22 %) sind unzufrieden.

Diese marginale Verbesserung ist nur der Tatsache zu verdanken, dass im öffentlichen Bau etwas mehr Unternehmen als im Sommer höhere Auftragsvolumina haben. Gleichzeitig aber sind in allen Bausegmenten die Negativmeldungen gestiegen; im privaten Wohnungsbau sogar von 43 % auf 66 %. Die Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung und die Abschaffung der Eigenheimzulage sind damit immer noch deutlich zu spüren.

Die Skepsis wird auch in den kommenden Monaten noch anhalten. Insgesamt ist der Saldo aus optimistischen und pessimistischen Erwartungen um 24 Punkte auf aktuell minus einen Punkt abgestürzt. Selbst die Hoffnung, von staatlichen Stellen mehr Aufträge zu bekommen, ist verschwunden.

Großhandel – Export lässt nach

Die bayerischen Großhändler bewerten die derzeitige Geschäftssituation deutlich schlech-

ter als im Sommer. Für diesen Trend ist vor allem die stark gesunkene Inlandsnachfrage verantwortlich. Mit 42 % (56 %) haben deutlich weniger Großhändler steigende Binnenumsätze verbucht. Im Gegensatz dazu hat das Exportgeschäft weiter angezogen und hier dem Großhandel steigende Umsätze beschert.

Auch ihre Geschäftserwartungen haben die Großhändler deutlich nach unten korrigiert. Der Anteil der Optimisten ist von 31 % auf 22 % klar zurückgegangen, der Anteil der Pessimisten hat sich auf 18 % (9 %) verdoppelt. Die Sorgen beziehen sich jetzt nicht nur auf das Inlandsgeschäft, sondern auch auf den Export.

Einzelhandel hofft vergeblich auf Konsum

Nach einem schwierigen Start in das Jahr 2007 geht es dem bayerischen Einzelhandel immer noch nicht besser. Die Hoffnungen vom Sommer auf steigende Kaufkraft der Verbraucher haben sich nicht erfüllt. Vielmehr mussten mehr Unternehmen sinkende Umsätze hinnehmen. Der Saldo ist mit –4

Punkten erstmals seit Januar 2006 wieder im negativen Bereich gelandet.

Die jüngst gestiegenen Preise bei Milch- und Getreideprodukten haben die Kunden nach der Mehrwertsteuererhöhung zu Beginn des Jahres weiter verunsichert und die Konsumausgaben nochmals gedrückt. Der Einzelhandel beurteilt die Geschäfts- und Umsatzentwicklung in den kommenden 12 Monaten daher auch pessimistischer als im Sommer.

Dienstleister – Korrektur auf hohem Niveau

Zum ersten Mal seit Sommer 2005 ist die Stimmung bei den Dienstleistern in Bayern leicht abgekühlt. Aber immer noch die Hälfte der Unternehmen ist gut im Geschäft. Der Anteil der unzufriedenen Dienstleister erhöhte sich leicht auf aktuell 6 % (2 %). Während die heimische Nachfrage zurückgeht, entwickelt sich der Export bei den Dienstleistern weiterhin positiv. Dieser Trend wird sich künftig noch verstärken. Auch wenn die Unternehmen ihre Erwartungen per Saldo deshalb zurück-

geschraubt haben, herrscht überwiegend weiter Optimismus.

Investitionen – nachlassende Dynamik

Die Investitionsbereitschaft der bayerischen Wirtschaft hat leicht nachgelassen. Aber immer noch 28 % (31 %) der Unternehmen planen, ihre Investitionen auszuweiten, 16 % (14 %) werden die Etats kürzen.

Verantwortlich für diese Entwicklung sind rückläufige Erträge. So belasten vor allem gestiegene Energie-, Rohstoff- und Personalkosten die Gewinne.

Da ein Großteil der bayerischen Unternehmen seine Investitionen aus den Erträgen finanziert, müssen diese nun vielfach stärker fremdfinanziert werden. Damit steigen die Kosten, denn die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten haben die Unternehmenskredite bereits leicht verteuert. Darüber hinaus schlagen auch die höheren Kosten für Wechselkurssicherungen zu buche.

Beschäftigung – Jobaufbau gedrosselt

Die Einstellungsbereitschaft der bayerischen Wirtschaft ist leicht gesunken, aber noch nicht zum Stillstand gekommen. Da immer noch mehr Unternehmen Personal aufbauen als abbauen wollen, wird sich der Arbeitsmarkt weiter erholen, wenn auch langsamer als in den vergangenen Monaten.

Oberbayern

Auch in der oberbayerischen Wirtschaft zeigen sich leichte Bremsspuren. Der Index für Oberbayern verläuft parallel zum BIHK-Index, befindet sich aber auf einem höheren Niveau. Lediglich die Industrie trotz dem leichten Abwärtstrend und bewertet die Lage besser als im Sommer.

Fazit

Der Konjunkturaufschwung in der bayerischen Wirtschaft hält an, wird aber etwas an Fahrt verlieren. Das belegen auch die fundamentalen Wirtschaftsdaten, die nach wie vor gut sind: Mit einem Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent im ersten Halbjahr 2007 nimmt Bayern die Spitzenposition unter den westdeutschen Bundesländern ein.

Zugleich zeigen die Umfrageergebnisse, dass die bestehenden konjunkturellen Risiken die Wirtschaft verunsichern. Dazu gehören vor allem die weiter anziehenden Rohstoff- und Energiepreise, der starke Euro und der zunehmende Fachkräftemangel.

Jedes Risiko für sich alleine genommen, wird den Aufschwung nicht stoppen. In ihrer Summe stellen sie aber eine Gefahr dar. Denn sie treiben die Kosten für die Unternehmen immens nach oben. Den Mittelstand treffen diese Kosten in der Regel weit härter als die Großunternehmen, weil er sich meist kein ausgeklügeltes Absicherungsmanagement leisten kann.

Ein weiterer Gefahrenpunkt ist, wie schon seit Jahren, dass der Aufschwung weit mehr der Exportentwicklung zu verdanken ist als der Binnennachfrage, die vor allem durch den schwachen Privatkonsum nicht auf die Beine kommt. Die Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung in anderen Ländern, wie zum Beispiel den USA, ist immer noch extrem hoch. Das heißt konkret, wenn der private Konsum in den USA in Folge der Subprime-Krise einbricht, sinken unmittelbar die US-Umsätze der bayerischen Wirtschaft.

Bislang hat die Politik der Großen Koalition mit dem Aufschwung wenig zu tun. Im Gegenteil: Die Berliner Regierung verschiebt die Rahmenbedingungen systematisch zu Lasten der Unternehmen.

Dazu zählen:

- die mittelstandsfeindliche Unternehmenssteuerreform 2008, die unter anderem die Besteuerung von Mieten, Pachten und Leasingraten vorsieht und damit insbesondere den Handel teuer zu stehen kommt,

- der viel zu spät und restriktiv geregelte Zugang von dringend benötigten Fachkräften aus dem Ausland,
- die weitere Bürokratisierung des Arbeitsrechtes durch die Einführung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes,
- die sehr einseitige Verlagerung der Verantwortung für den Klimaschutz auf die Wirtschaft. So werden beispielsweise der Münchner Immobilienwirtschaft durch die neuen Regeln zur Gebäudesanierung Kosten aufgebremmt, die sich frühestens in 20 Jahren amortisieren.

Allein diese Punkte zeigen, dass es die Regierungskoalition bislang nicht geschafft hat, die Weichen auf ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu stellen. Sie verhält sich so, als ob die Neuverschuldung in den kommenden Jahren ganz automatisch weiter sinken und der Arbeitsmarkt sich weiter entspannen würde. Die Etatriskiken werden ganz bewusst beiseite geschoben, wie die aktuelle Diskussion über die Erhöhung der ALG-I-Ansprüche deutlich zeigt.

Erwartungen an die neue Bayerische Staatsregierung

Die Politik im Freistaat hat erkannt, dass sich nur mit einer zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik langfristige Erfolge erzielen lassen. Aber auch in Bayern gilt es, Einiges besser zu machen. Aus aktuellem Anlass möchte ich deshalb an dieser Stelle kurz einige Aufgaben ansprechen, die die neue Staatsregierung aus meiner Sicht lösen muss.

Investitionen in Bildung

Die wichtigste Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung ist die Stärkung der Bildungsanstrengungen. Noch 2004 war Bayern im Nationalen Bildungsmonitor auf Platz eins. Zwei Jahre später, 2006, zogen Sachsen und Baden-Württemberg vorbei und verwiesen Bayern auf Rang drei. In internationalen Vergleichen von Abiturienten und Hochschulabsolventen, etwa bei PISA- und OECD-Ergebnissen, verliert Bayern ebenfalls an Boden.

Eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung des bayerischen Schulsystems ist die Voraussetzung, um ein bedarfsorientiertes und qualitativ hochwertiges Ganztagesangebot an allen Schularten auf- und auszubauen. Bayern kann es sich im globalen Wettbewerb um die besten Arbeitskräfte nicht mehr leisten, dass jedes Jahr rund 10.000 Schulabgänger keinen Abschluss haben. Die Staatsregierung sollte sich das Ziel setzen, diese Anzahl bis 2010 zu halbieren.

Auch die mathematisch-naturwissenschaftliche Grundbildung muss in einem Hightechland wie Bayern intensiviert werden, etwa durch mehr Unterricht und höheren Praxisbezug.

Mit dem Hauptschulpakt ist ein erstes und wichtiges bildungspolitisches Signal gesetzt worden. In ihm haben Wirtschaft und Politik verbindlich festgelegt, was genau unter Ausbildungsreife zu verstehen ist. Schulen haben eine individuelle Förderung zugesagt, so dass Kernkompetenzen sichergestellt sind, und es wurde vereinbart, dass Praxis- und Berufsorientierung in der Schule einen höheren Stellenwert erhalten.

Weiter auf Zukunftsbranchen setzen

Auch im Bereich des Infrastrukturausbaus und der Innovationsförderung bleibt einiges zu tun. Mit der Cluster-Initiative hat die Staatsregierung bereits den richtigen Weg eingeschlagen. Die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft muss aber weiter ausgebaut werden. Dazu zählt insbesondere die Förderung von Unternehmensgründungen aus den Universitäten.

eGovernment und Bürokratieabbau

Ein umfangreiches eGovernment-Angebot ist ein Kennzeichen moderner Verwaltungsstrukturen. Die Nutzung neuer Medien und des Internets vereinfachen die Kommunikation der Bürger und Unternehmen mit der Verwaltung. eGovernment dient damit in erster Linie dem Bürokratieabbau. Bezeichnenderweise haben aber erst zwei Bundesländer einen Verantwortlichen für dieses zukunftsweisende Thema benannt. Bayern gehört leider noch

nicht dazu. Die Bayerische Staatsregierung muss die Entwicklung in diesem Bereich entschlossen vorantreiben. Die IHKs stehen der Politik bei der Umsetzung gerne als kompetenter Partner zur Seite.

Öffnung der Arbeitsmärkte

Der Fachkräftemangel entwickelt sich vor allem für die Industrie und die Dienstleister zu einer Wachstumsbremse. Insbesondere Ingenieure werden in Bayern händeringend gesucht. Der Freistaat sollte sich dafür einsetzen, dass der Zuzug von ausländischen Spezialisten vereinfacht wird. Die von der Regierungskoalition verabschiedeten Maßnahmen reichen hier bei weitem nicht aus. Die Bayerische Staatsregierung könnte sich auf Bundesebene für eine schnellere Öffnung auf dem Arbeitsmarkt stark machen und über den Bundesrat der Initiative für ein zeitgemäßes Zuwanderungsrecht neuen Schwung verleihen.

Es ist bezeichnend, dass Länder wie Großbritannien oder Schweden, die ihre Arbeits-

märkte bereits 2004 vollständig für Ausländer geöffnet haben, das Problem des Fachkräftemangels nicht kennen.